

14./VII. 1918

**Epilog zur Straßenbahndebatte im Wiener Gemeinderate.**

Von Dr. Rudolf Ritter v. Schwarz-Diller,  
Gemeinderat der Stadt Wien.

Wien, 13. August.

Am 19. d. werden die der Allgemeinheit bereits wohlbekannten und die gesamte Wiener Öffentlichkeit hart treffenden Beschränkungen im Wiener Straßenbahnverkehr wirksam werden. Die heutige außerordentlich umfangreiche Debatte im Wiener Gemeinderate (sie währte von 1/25 Uhr nachmittags bis 1/10 Uhr abends) hat an den traurigen Tatsachen nichts geändert, und trotz aller Erregung und Leidenschaft, die zeitweilig auf den verschiedenen Seiten des Hauses zum Ausdruck kam, wurden die Stadtratsanträge, von einigen unwesentlichen und geringfügigen Abänderungen abgesehen, voll und ganz zum Beschlusse erhoben. So wird denn auch durch den frühzeitigen Betriebschluss das bisherige Großstadtsommer, das sich die Wiener im fünften Kriegsjahr leisten konnten, arg verkürzt, und wenn auch der Schluss der Sommerszeit erst in einigen Wochen eintreten wird, die Winterfahrordnung haben wir bereits.

Die erste Frage, die sich dem beteiligten wie dem unbefangenen Beobachter aufdrängt, ist die, ob es zu dieser harten Maßregel kommen mußte und ob denn wirklich keine Möglichkeit gegeben war, den Wienern, die den Krieg doch in allen seinen Formen zu verspüren haben, diese nicht nur unbequeme, sondern auch in ihr ganzes Leben tief einschneidende Maßregel zu ersparen. Auch die Frage, wer denn an diesem Unheil eigentlich schuld trage, wird sich jedermann vorlegen müssen, da er erst nach Beantwortung derselben ein Urteil darüber haben wird, ob diese neuerliche Erschwerung unseres täglichen Lebens wirklich nicht zu vermeiden gewesen wäre.

Der Hauptschuldige ist wohl in allererster Linie der Krieg, der ja — es wäre ein Gemeinplatz, dies neuerlich zu betonen — in alle unsere Lebensverhältnisse, alles verändernd, das Althergebrachte und Gewohnte unversehrt, seit Jahren bereits mit schwerer Faust eingegriffen hat. Der Gemeindeverwaltung kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nicht rechtzeitig und nicht mit dem erforderlichen Nachdruck bei den maßgebenden Stellen auf absolute Vermeidung des nun eingetretenen Zusammenbruches hingewirkt hat. Man wird es nicht ganz verständlich finden, daß der Gemeinderat am 17. Juli auf Urlaub geschickt wurde, ohne daß auch nur ein Sterbenswörtchen von der nächsten Zukunft unseres Straßenbahnverkehrs gesprochen worden wäre. Man hätte verlangen können, daß all das, was jetzt vom Rathhause unternommen wurde, bereits zu Beginn dieses Jahres eingeleitet worden wäre, und man hätte weiter fordern müssen, daß die freigewählten Spitzen der Gemeindevertretung im Bewußtsein, daß der gesamte Gemeinderat hinter ihnen stünde, jenen Behörden gegenüber, welche die Entscheidung in der Hand haben, größere Energie und Steifnackigkeit bezeugt hätten. Dennoch wäre es meiner innersten Ueberzeugung nach ein Unrecht, wenn man behaupten würde, daß die Schuld die Gemeindeverwaltung allein treffe, denn Schuldtragende sind sicherlich auch außerhalb des Rathhauses zu suchen.

Ich muß da vor allem neuerlich auf die Wichtigkeit der Wiener Straßenbahn hinweisen, wie ich dies ja bereits in einem Aufsatze getan habe, der am 4. d. in den Spalten dieses Blattes erschienen ist. Diese Bedeutung wird scheinbar noch immer nicht von allen maßgebenden Faktoren richtig eingeschätzt. Verkehrsdrofflung, Einstellungen einzelner Linien der Wiener Straßenbahn dürfen beileibe nicht etwa als eine Wiener Bezirksfrage, nicht einmal lediglich als eine Wiener Frage aufgefaßt werden. Die Wiener Straßenbahn ist, ich wiederhole es, eine österreichische Frage. Ist seinerzeit die Stadtbahn als strategische Bahn gebaut worden, so kann in einem gewissen Sinne heute auch die Wiener Straßenbahn als eine solche bezeichnet werden, und ein derartiges Unternehmen, das in den verflochtenen vier Kriegsjahren, ohne Uebertreibung gesprochen, viele Armeekorps von Soldaten,

und nicht nur österreichische Soldaten, durch Wien durchbefördert, das im Verwundetentransport, im Spitalverkehr usw. so Ausgezeichnetes vollbracht hat, wäre meinem Erachten nach von den in Betracht kommenden Faktoren, insbesondere also von der jetzt naturgemäß hauptsächlich maßgebenden Militärverwaltung, in ganz anderer Weise zu behandeln gewesen, als dies bisher geschehen ist. Ich will hier gar nicht darauf hinweisen, was die Wiener Straßenbahn in der Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, in den großen Kartoffel- und Rübentransporten und in der Kohlenversorgung geleistet hat. Uebrigens sind auch die Dienste, die sie der Postverwaltung zur Verfügung stellt, nicht gering anzurechnen. Aber all das wurde dort nicht entsprechend anerkannt, wo in erster Linie auf Verständnis und Anerkennung gerechnet werden durfte oder sollte.

Die Stadt Wien hat vom ersten Kriegstage an in patriotischem Eifer nicht nur alle ihr gesetzlich zukommenden Lasten und Pflichten freudig und gern übernommen, sie hat auch aus eigenem oft weit über ihre Kräfte Opfer für das Vaterland gebracht. Sie erhebt sicherlich für erfüllte Pflicht auf Dank keinen Anspruch. Wohl aber auf das Verständnis der Regierenden, damit die Stadt auch weiterhin in der Lage sei, dem kämpfenden Heere wie dem arbeitenden und leidenden Hinterland mit Erfolg dienen zu können. Wien ist ja nicht nur die Reichshaupt- und Residenzstadt, Wien ist nicht nur das Symbol des Gesamtstaates, Wien ist ja auch der Sitz der Regierung, das Zentrum der zivilen und militärischen Verwaltung, ein Konzentrationspunkt für Kriegsindustrie und Kriegsarbeit aller Art, Wien ist das Herz des Reiches — sein Pulsschlag, und wenn dieser einmal nicht ordentlich funktioniert, dann spürt dies nicht Wien allein. Wien ist das Reich. Und die Wiener Straßenbahnfrage ist daher mit vollem Rechte eine österreichische Frage zu nennen, zu deren Lösung nicht nur der Wiener Gemeinderat verpflichtet ist, zu deren Lösung in erster Linie auch die Militärverwaltung beitragen muß. Denn sie allein verfügt über die Macht, Fehlendes, Notwendiges herbeizuschaffen.

In einem Kriege, der nur wenige Monate dauert, mag der Grundsatz gelten, daß auf nichts anderes Rücksicht zu nehmen sei als auf den Kampf an der Front. In einem Kriege aber, der bereits in das fünfte Jahr gegangen ist und dessen Endpunkt noch immer unbekannt ist, kann man ein System, welches für einen Kriegszustand von wenigen Monaten vielleicht das richtige ist, nicht perpetuieren. Man muß jetzt auch an das Hinterland denken. Denn das Hinterland ermöglicht erst durch seine Arbeit den tapferen Kämpfern an der Front den Kampf und den Sieg, und das Hinterland ist es ja, für welches unser Heer in bewundernswerter Ausdauer seit Jahren gegen übermächtige Gegner erfolgreich ringt. Wenn das Hinterland nicht mehr ordentlich leben kann, wenn man ihm nicht das Bescheidene, das Wenige läßt, dessen es unbedingt not hat, dann hat auch das Heer an der Front sein eigentliches Kampfziel, den Schutz der Heimat und der Zurückgebliebenen in der Heimat, verloren. Und das durfte die Militärverwaltung niemals vergessen, als sie erkennen mußte, daß dieser ungelige und aufgedrungene Krieg zu einem Kriege von langer Dauer werde.

Die Stimmung der Bevölkerung, die hiedurch hervorgerufen wurde, kam heute auch im Gemeinderate in manchen Reden zu bitterem Ausdruck. Und man sollte an diesen Stimmungsercheinungen nicht achlos vorübergehen, denn es sind nicht die schlechtesten Kräfte des Staates, die im patriotischen Aerger an offenkundigen Schäden und Säumnissen Kritik üben.

Unsere Straßenbahn benötigt Arbeiter, um die durch Ueberanstrengung fortwährend reparaturbedürftigen Wagen auch ununterbrochen ausbessern zu können. Und sie benötigt Material. Die Arbeiter und den größten Teil des Materials kann sie nur von der Militärverwaltung erhalten. Bisher waren aber alle Bemühungen meist vergeblich. Jetzt hat es eines Machtwortes des Kaisers bedurft, um die Lösung all

dieser Fragen ins Rollen zu bringen. Der vom Kaiser mit der Ordnung der Wiener Straßenbahnanangelegenheiten betraute General ist glücklich gewählt, er ist einer von denen, die für die Bedeutung des Hinterlandes sowie für dessen Sorgen und Leiden das notwendige Verständnis haben. Es ist dies der bereits von der großen Kinderfürsorgeaktion her bestens bekannte Generalmajor v. Landwehr. Hoffentlich werden auch alle Aufträge, die gegeben werden, von den unteren Stellen nicht nur streng und genau, sondern auch rasch befolgt werden. Hoffentlich erleben wir nicht neuerlich eine passive Resistenz in manchen unteren Amtsstellen. Die Enthebung wichtiger Arbeiter darf nicht Monate oder Jahre beanspruchen. Die Bewilligung des erforderlichen Materials kann wohl auch in einer Woche erfolgen.

Mit Gerichtsverhandlungen und mit Steuervorschreibungen allein kann man auf die Dauer nicht verwalten und nicht regieren. Wir sehnen uns alle nach dem Frieden, aber bis zur Erreichung dieses hehren Zieles wollen wir durchhalten wie bisher. Man soll uns dies aber nicht unnötig erschweren. Es naht der Winter. Noch ist es Zeit, vorzuzugreifen und Wien vor einem Winter ohne Großstadtverkehr zu bewahren.